

Elbe- und Elster-Blatt

Erstausgabe wöchentlich zweimal
Mittwochs und Sonnabends.
Bezugspreis für Monat Oktober:
21 000 000 Mark
durch die Post bezogen 21 000 000 M.
Eingel-Nummer 10 000 000 M.



Anzeigen-Gebühren: Für die fünf-
gehaltene Anzeigenzeile oder deren Raum
80 000 000 M., für außerh. b. R. Tages-
Anzeige 50 000 000 M., Restanten 80 000 000
pro Zeile. Offertengeld 30 000 000 M.
Bei sich wiederholenden und größeren
Anzeigen entsprechende Preisermäßigung
nach Vereinbarung.

für die gesamten Angelegenheiten der Stadt- und Landbewohner des Elbe- und Elsterlandes.

Bestellungen auf den 'Elbe- und Elster-Blatt', sowie Anzeigen für denselben nehmen an: In Prettin die Expedition (Ernst Schulze's Buchdruckerei), in
Annaburg Herr Buchbindereimer Göbzig. Außerdem nehmen alle Postanstalten und Briefträger, sowie die Boten des Blattes Bestellungen an.

Postfachkonto:
Leipzig Nr. 43145.

Anzeigen werden bis spätestens 9 Uhr vormittags vor dem Erscheinungstage erbeten.

Geschäftsstelle Prettin
Telephon-Anschluß Nr. 13.

Nr. 85

Prettin, Mittwoch, den 24. Oktober 1925.

45. Jahrgang.

Der Binsfänger.

Boineard trauert es auf die Spitze. Die Aufgabe des höchsten Richterstandes ist keine Einpfändungen in ihm aus, er legt es darauf an, Deutschland total faul zu machen. Unser Geld ist wertlos, wir können nichts mehr im Inland aufbauen, aber wir sollen vor unseren Verpflichtungen nachkommen. Der Dollarland und die Marktenwertung sind unheimlich, wir sollen Rat schaffen. Geschäftsmöglichkeit ist keine Hezerei, sagt der Volkshumor, aber hier ist weder mit Geschäftsmöglichkeit noch mit Hezerei etwas anzufangen. Die Welt ist riesengroß, auch zu deren Veränderung fehlt in Paris alles Mittel.

Die Verletzung aller Zusagestellungen ist nicht sofort maßlos zu machen, die Mittel, welche dazu gehören, besitzen wir nicht. Was sind nun werden? Es sollte unüberlegbar sein, daß Boineard unsere finanzielle Katastrophe so weit treiben würde, daß die Katastrophe jetzt hereinbricht und alles zusammenbricht. Der Mann, der uns bis auf's äußerste quält, hat nichts davon, denn ohne eine Verständigung mit Deutschland bleibt alles so, wie es gewesen ist, aber wir müssen daran glauben und uns in Stande befinden. Wir sollen aus eigenen Mitteln das Geld schaffen, das wir für das Justizwesen benötigen, aber alle Mittel, die wir dazu in Anwendung bringen könnten, werden uns systematisch abgeschnitten. Das ist keine politische Aktion mehr, das ist Menschenquälerei.

Die Ausgabe der neuen Rentenmark steht in aller Eile bevor, aber wir können nicht diesen Betrag in das Inlandgebiet hineinwerfen. Wir können also nicht sagen, was bei dieser Finanzreform herauskommen wird, es läßt sich nicht annähernd absehen. Der Reichskanzler Dr. Brüning hat keine angenehmen Stunden, er hat alles aufzubringen, um die Mißlieferungen zu vermeiden, aber er konnte nicht damit rechnen, daß die brutale Grausamkeit unserer Gegner sich selbst überkreuzen würde.

Der tatsächliche Zustand vor dem 11. Januar 1923 soll im Inlandgebiet restlos wiederhergestellt werden. Damit sind für uns neue Ausgaben verbunden, deren Höhe sich gar nicht absehen läßt. Der Mann, dem alles zuzutrauen ist, kann stets und ständig etwas anderes herausfinden, dem wir völlig machtlos gegenüberstehen. Der Unwarsich und die Gerinnung der französischen Zwangs können uns in Rechnung gestellt werden, für die wir nichts aufbringen können. Die deutsche Ehrenhaftigkeit würde sich gewiß bei dieser Gelegenheit, ebenso wie früher, behaupten, aber das Menschenunmögliche ist nicht zu schaffen.

Und doch muß etwas geschehen, denn wir können nicht, nachdem wir mit unseren inneren Reformen ein

gutes Stück den Berg hinaufgekommen sind, losfahren wieder in die Tiefe stürzen. Damit wäre vorläufig alles verloren, und wir können nicht allein wieder von vorn anfangen, sondern müssen auch mit allen möglichen neuen Hemmnissen und Schwierigkeiten rechnen. Das heißt eine schlimme Lage in eine schlimmere verwandeln.

Dieser Zustand ist unhaltbar. Was wir seit dem 11. Januar 1923 haben ertragen müssen, das geht über die Menschenvorstellung hinaus. Wir sind wirklich so weit, daß wir sagen können, lieber ein Ende mit Schreden, als ein Schreden ohne Ende. Wir sind so weit, wenn wir uns nach der ganzen Geschichte des deutschen Volkes nicht sagen müssen, so kann das Ringen der deutschen Nation um ihre Ehre und Freiheit kein Ende nehmen. Sind wir auch noch so tief hinabgeglitten, wir müssen doch wieder nach oben kommen und zeigen, daß wir die Kraft zum neuen Aufschwung besitzen.

Beamten-Abbau.

Eine neue Verordnung der Reichsregierung.

Im Reichsfinanzministerium ist eine neue Verordnung erlassen worden, die einen Abbau des Beamtenapparates ins Auge faßt. Zunächst sollen keine Neueinstellungen mehr erfolgen, worüber folgendes vorzusehen ist:

Beamte der Ministerien dürfen nicht eingestellt werden. Als Ersatz für die Verletzung einer Stelle an außerplanmäßig oder kommissarisch beschäftigte Beamte. Von der Gesamtzahl der am 1. Oktober 1923 im Dienst befindlichen planmäßigen oder außerplanmäßigen Reichsbeamten haben mindestens 25 Prozent anzuhängen, und zwar 5 Prozent der Gesamtzahl vor dem 1. Januar 1924, 5 Prozent vor dem 1. März 1924 und 5 Prozent vor dem 1. April 1924. Derzeitpunkt, bis zu dem der weitere Abbau zu erfolgen hat, bestimmt die Reichsregierung. Die durch das Ausschneiden freierwerdenden Stellen dürfen nicht wieder besetzt werden.

Der Paragraph 23 des Beamtengesetzes soll dahin geändert werden, daß im Gegensatz zum heutigen Rechte eine Beförderung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichartigen Laufbahn auch dann erfolgen kann, wenn dieses Amt einen geringeren Rang oder ein geringeres planmäßiges Entkommen hat. Bei der Beförderung in ein solches Amt von geringeren Rang bleibt dem Beamten die bisherige Amtsbezeichnung. Paragraph 25 wird dahin geändert, daß eine genau bezeichnete Stelle von Beamten durch Verkauf des Reichspräsidenten

jederzeit in einseitigen Aufstand versetzt werden können. Paragraph 26 wird dahin geändert, daß das Wartegeld 80 Proz. des ruhgehaltfähigen Dienstentkommens beträgt.

Automatisches Ansehen.

Weiter ist folgendes vorgehen: Die Reichsbeamten treten mit Ablauf des Monats in den Ruhestand, in dem sie das 65. Lebensjahr vollendet haben. Bei den Mitgliedern des Reichsgerichts, des Finanzhofes und des Rechnungshofes tritt an die Stelle des 65. Lebensjahres das 68. Lebensjahr an. Anstelle des Reichsbeamten, mit Ausnahme der Mitglieder des Reichsgerichts, des Finanzhofes und des Rechnungshofes, können unter Bewilligung des gesetzlichen Ausschusses einwechseln in den Ruhestand versetzt werden. Das gleiche gilt für nicht lebenslanglich angestellte Beamte. Außerplanmäßige und im Vorbereitungsdienst befindliche Beamte können ohne Veränderung von Wartegeld entlassen werden. Bei Befristigung der Familienverhältnisse sollen ledige Beamte oder kinderlos verheiratete Beamte vor verheirateten Beamten mit Kindern auszuwählen werden. Schwerbeschädigte Beamte fallen in letzter Linie in den einseitigen Aufstand versetzt werden. Die Ausschüsse der in den einseitigen Aufstand zu versetzenden Beamten darf durch ihre politische, funktionelle oder gewerkschaftliche Betätigung und durch ihre Angehörigkeit oder Mitgliedschaft zu einer politischen Partei nicht beeinflusst werden. Vor der Beförderung ist dem Beamten Gelegenheit zur Versicherung zu geben. Bei der Auswahl ist ferner die Beamtenvereinerung zu hören.

Die Besprechungen über diesen Entwurf mit den Beamtenorganisationen sollen am kommenden Mittwoch in Berlin stattfinden.

Enthüllung in Sachsen.

Verständigungsbereitschaft Dr. Feingers. In Sachsen scheint man eingesehen zu haben, daß es zweckmäßig ist, den Bogen nicht zu überspannen. Das befolgt folgende Meinung aus Dresden:

Zwischen Generalkonstant v. Müller und dem Ministerpräsidenten Dr. Feinger hat eine längere Aussprache stattgefunden, bei der die Beteiligten sich bereit erklärten, sich über bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verständigen und nach Möglichkeit durch persönliche Verbindung eine Lösung etwa existierender Schwierigkeiten herbeizuführen.

Der Ausschüssen, den in der Landtagsaktion der kommunalistische Abgeordnete Schneller herbeigeführt hatte, wurde durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Feinger beendet, in der dieser bestritt, daß zwischen dem rechten Flügel der Sozialdemokratie und ihm eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Es liegt nicht der geringste Anhalt für die Behauptung Schnellers vor, daß sozusagen von einigen Mitgliedern der sozialdemokratischen Reaktion ein Komplott gegen die

mit der halben Julage aus. Wir können dir mit Leichtigkeit einbinderfähigig Mark geben. — Auch mehr.

Gerührt erhob sie sich, umarme ihn und trug mit der Hand über seinen Kopf. „Ihr seid Bruchlingen, aber auch dieses Geld kann vom Vater, und ich habe es mir zugeschworen, daß ich nicht einen Pfennig mehr von ihm nehme, ich will auf eigenen Füßen stehen.“

„So nimmt es als Teil von meinem Solde.“

„Das sind Drehungen, ich Selbstbetrug!“ laute sie leise u. feil. Egon überlegte. „So habe dir Geld von deiner Freundin. Du kannst doch viel mehr fordern, wenn Du aus einer standesgemäßen Umgebung bist um Stellung bemüht. Sei doch vernünftig. Du zahlst es mir nach und nach.“

„Nein Egon, aus das geht nicht mehr. Ich diene von der Seite an. Aus eigener Kraft will ich in die Höhe.“ Er betrachtete sie klammend, fast föh. „Schön gesagt, aber schwer ausgeführt. Trube. Sei kein Ainsopst. Verstehe dich nicht und mach dir das Leben nicht noch schwerer, als es ohnehin ist.“

Sie seufzte nur und machte eine müde Bewegung. Von der Schwere des Dolmestampes hatte sie bisher denn doch noch keine Vorstellung gehabt. Erst die letzten Wochen hatten ihr dafür etwas Verständnis gebracht.

Der junge Offizier überdross von neuem das Schreiben des Vaters. Aus den feinen, feilen, etlichen Schriftzügen sprach der unbedingte Charakter des Mannes, von dem das reizende Mädchen so viel gehört hatte. Seine Augen hatten plötzlich auf den Namen des Jugendfreundes, und er fühlte ein sonderbares Erschrecken.

„Trube“, begann er zögernd, „was meint Vater da mit Georg? Und Beziehungen? Siehst du denn noch mit ihm in Verbindung? Ist denn keine Jugendschwärmerei für Wiesener noch nicht erloschen?“

Gertrud wurde erst glühend rot und dann blaß. „Ich bin nicht Splittersüchtiger und treulos wie ihr, wenn ein Mensch trauert.“

Die Tochter des Ministers.

Roman von Ernst Georgy.

15) „Weißt du, — ich sagte dir bereits, daß Vater fürchterlich verändert ist. Ich habe ihn kaum zu Gesicht bekommen. Er arbeitet wie ein Wahnsinniger um sich zu beläuen. Aber Mutter sagt, daß er krank und wund ist. Neue und Scham wählen in ihm. Er hat nur ein Bestreben: die schiefste Szene mit dir gutschmücken und zu vergessen. Das kannst du mir glauben.“

Gertrud trat zu ihrem großen Knechtelkoffer und schloß ihn auf. Aus einer Mappe zog sie einen Brief und reichte ihm Egon hin.

„Da lies! Wie schickst ihr alle den Vater kennt!“

„Von welchem Datum kommt dieses Schreiben?“ forschte er, den Bogen aus dem Umschlag ziehend und entfaltend.

„Es war ja ein ewiges Hin und Her zwischen Dorothea und die Eltern.“ sagte sie bitter, „man leidet wie veratet und verkauft. Wahrscheinlich waren sie nun in falsch verstandener Freundschaft nicht recht über gewisse Absichten von mir unterrichtet. Da hast du seine Antwort an meine Adresse.“

Auch sie seufzte sie nieder. Egon las:

Liebe Gertrud! Ein Vater hat vor Gott und der Welt das Züchtigungsrecht über seine Kinder. Dich lasse ich keines meiner Rechte absprechen oder rauben. Zu bedauern ist nur, wenn eine erwachsene Tochter es so weit treibt, daß man zu solchen, sonst unerhörten Mitteln greifen muß.

Ich bin gewillt, Dir zu verzeihen, wenn du bis spätestens heute abend in Dein Elternhaus zurückkehrst, und verspreche Dir, das Vorgefallene mit keiner Silbe zu erwähnen. Ich will Dir auch gern gestatten, einige Wochen Aufenthalt bei Tante Olga oder Onkel Franz zu nehmen. Vielleicht lernst Du in der Entfernung und in der Ruhe erkennen, daß der Wunsch Deiner Eltern, Dich als Baronin Stellrecht an der Seite dieses Ehrenmannes geboren zu sehen, Dein Glück

bedeutet. Die Entscheidung bleibt Dir noch einige Monate vorbehalten, da ich Stellrecht in diesem Sinne geantwortet habe.

Nun aber erkläre ich Dir ein für alle Male, daß ich aufhöre, Dich weiterhin als meine Tochter zu betrachten, wenn Du an dem Gedanken festhältst, mit einem Subjekte wie Wiesener in irgend welchen Beziehungen zu bleiben. Ich verziehe Dir, mich zu trösten oder zusammenzutreffen, falls er es so wagen sollte, wieder nach Deutschland zu kommen! Ferner verziehe ich Dir, etwa eine Stellung anzunehmen die Deiner Herkunft oder Erziehung nicht entspricht. Solltest Du Gelegenheit haben, Gesellschaftern in einem vornehmen Hause zu werden, so verlange ich, ehe Du Dich bindest, genaue Angaben über die Familie usw. Die Annahme eines Gehaltes oder Tagelohnes ist ausgeschlossen. Ich bin bereit, Dir weiterhin ein Monatsgeld zu gewähren und für Deine Rückreisen aufzukommen. Ueber diesen Dainen Deing nach Selbständigkeit bist ich geneigt, mit Dir Rücksprache zu nehmen, sobald Du wieder in meinem Hause weilen wirst.

Vater.

Entschuldig und selbst etwas verbittert, ließ Egon das Blatt sinken. Er vermochte nicht zu sprechen.

„Du verdammt!“, meinte Gertrud, „weil du gerecht genug bist, einzuliegen, daß dies nicht der Ton ist, in dem ein Vater nach einem so empörenden Vorfall, seine Tochter zurückruft.“

„Ich bin mit Vater fertig!“

„Trube“, entgegnete er bitter, „laß Gras wachsen über die Sacke. Es ist besser für Euch beide! Ich gebe es zu!“

„Das ist meine Absicht!“ sagte sie kurz.

„Gut“, verzeigte er kurz nach Nachdenken, „ich verstehe dich. Du kannst und willst nicht nach Hause. Es ist nach diesem — auch nicht richtig! Aber müßt Du kommende Entscheidungen hier abwarten? Siehe in ein Sopht, in ein Damenhemd, lüde dir von dort aus eine Stellung.“

„Dazu reicht mein Geld nicht mehr!“

„Aber, Trube, dumme kleine Dorn, wozu bin ich denn da und Herbet? Wir find solche und kommen im Notfall

jauchige Begrüßung empfangen sei. Weiter veräußerte Dr. Zeigler, er habe bei der Besetzung des Briefes des Reichsfinanzkommissars nicht gewußt, daß die Reichsregierung hinter dem Schreiben des Generals v. Müller stehe. Ihm sei nur mitgeteilt worden, daß das Reichsfinanzkommando sich mit Berlin über den dringlichsten Inhalt des Briefes verständigt habe, also darüber, ob die Reichsregierung zu einer Entlassungnahme zur Liebe des Ministers Böttger veranlaßt werden solle. Hg. Witz (Soz.) protestierte gegen das formale Vorgehen, das nach außen hin als eine Krise der Regierungskoalition angesehen werden könne. Hg. Seyfert (Dem.) erklärte, der Ministerpräsident sei mit einer gewissen Reichfertigkeit über diese wichtigen Dinge hinweggegangen. Nach einem Schlüsselwort des kommunistischen Hg. Schmeller wurde der Gegenstand verlassen.

Die der Regierung nachsehende „Dresdener Volkszeitung“ bringt einen Artikel, in dem es heißt: „Soweit wir unterrichtet sind, hat man in Berlin die feste Absicht, auf dem Wege der Verhandlungen mit Sachsen zu einer Einigung zu kommen. Hierbei muß selbstverständlich auch die sächsische Regierung die notwendigen Zugeständnisse machen und wir glauben, aus guten Gründen annehmen zu dürfen, daß sie das in notwendigem Maße tun wird. Obwohl das Reich die 9. der nächsten einsehen, daß zu unzulässigen Kompromissen jetzt keine Zeit ist.“

Militäraktion in Sachsen.

Dresden, 21. Oktober. Generalleutnant v. Müller hat an den sächsischen Ministerpräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er sagt: „Ich bin beauftragt, im Streitfall Sachsen mit den mir zur Verfügung stehenden und zur Bekämpfung zur Verfügung gestellten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse wieder herzustellen und aufrecht zu erhalten. Die Gründe für das Eingreifen der Reichswehr werden von mir der Bevölkerung bekanntgegeben werden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die von der Reichsregierung im Interesse des Gesamtvolkes für nötig erachteten Maßnahmen die volle Billigung und tatsächliche Förderung der Regierung des Gliedstaates Sachsen finden werden. Insbesondere vertraue ich darauf, daß es Ihnen, Herr Ministerpräsident, gelingt, die bei den kommunistischen Mitgliedern der Regierung offensichtlich vorhandenen Bestrebungen, die sich gegen die Grundlage der Reichsverfassung zu wenden drohen, in den richtigen Schranken zu halten.“

Das Reich und Bayern.

Eingreifen des Reichspräsidenten. Die Verhältnisse zwischen Bayern und dem Reich zufolge des Behaltens des bayerischen Landeskommandanten, Generals v. Lossow, hatten sich am Sonnabend sehr zuspitzen. Amlich wurde darüber Sonnabend abend folgendes gemeldet:

Der Reichspräsident hat den General v. Lossow im Laufe des Freitag seiner Funktionen entlassen. Der Kommandant, der dem General die Entlassung des Reichspräsidenten zu überbringen mußte, dürfte Sonnabend vormittag in München einastreffen sein.

Wie dann aber wenige Stunden später gemeldet wurde, hat jedoch der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich durch das Eingreifen des Reichslandes eine neue Wendung erhalten. Neue Verhandlungen sind angebahnt. Es besteht die Möglichkeit, daß in letzter Stunde doch noch eine Einigung erzielt wird.

Abbruch der Beziehungen zwischen Bayern und dem Reichswehrminister.

Ueber die Vorgeschichte des ganzen Vorganges ist folgendes zu bemerken:

Die bayerische Regierung hat am Freitag durch ihren Vertreter in Berlin, v. Pöggel, die Reichsregierung bitten lassen, daß Bayern jeden weiteren militärischen Verkehr mit dem Reichswehrminister und dem Chef der Generalinspektion ablehne. Dieser Entschluß geht auf die Vorgänge im Falle Lossow zurück. Die Reichsregierung hat ihrerseits Schritte unternommen, um den Fall Lossow so zu regeln, daß die Reichsautorität gewahrt bleibt. Ueber die Gründe, die zu dieser scharfen Wendung der Beziehungen zwischen Reich und Bayern geführt haben, erzählt man: In der Nacht auf den 20. Oktober hat der Reichspräsident dem Reichswehrminister, Hg. v. Lossow, eine Erklärung seiner Disziplinarpflicht. Sie wird daher gegen den General mit den schärfsten Maßnahmen erlassen. Die Reichsregierung behauptet, daß damit

„Nun erlaube gefälligst, ich —
„Auch du hast ihn schätzenswert fallen lassen, Egon.“ rief sie zürnend. „Du hast keine Zeile der Erwiderung gehabt auf seinen Brief.“

„Ich hatte genügend gehört und war im Bilde.“
„Aber es war falsch!“ rief sie heftig. „Sich den Verleumdungen den Ungeflügeln, hätte ich zu fragen und antworten müssen!“

„Das ist die Meinung der liebenden Frau. Wir Männer — alle feine Freunde und Kameraden — denken in diesem Punkte anders. Der Hühner, dem die Unform abgehoben wird, ist für uns erledigt!“

„Da hast du den Standeshochmut in schönster Blüte“ erwiderte sie schroff. „Nun, Georg wird auch ohne euch und gegen euch seinen neuen Weg gehen.“

Egon stand auf. „Er legte den Brief vor sich hin und reichte ihn stoff empord.“ „Ich wünschte ich jeden Erfolg aber — Gertrud, nur in der Hoffnung, daß er deinen Weg wieder zeigen möge. Du bist mit denn doch zu schade für diesen —“

„Egon sei still! Ich will nichts weiter hören! Verstanden?“ Er packte ihre beiden Hände. „Stehst du etwa mit ihm noch in Verbindung? Ist er in Deutschland? Oder —“

„Ich verweigere dir jede Antwort.“
„Trübe!“
„Egon!“

„Wie zwei Feinde blühten sie sich plötzlich an. Alle Weisheit verfiel.“

Vorspiel folgt.

eine Art Einheitsfront zwischen Bayern und Sachsen gegen den Reichswehrminister geschaffen worden ist. Sie wird die verfassungsmäßigen Kompetenzen unter allen Umständen durchsetzen. Der Reichswehrminister hat noch bis zum äußeren Verlaufe, durch günstiges Verhalten ein Einverständnis herbeizuführen. Er ist selber nach Bayern gefahren, aber ohne Erfolg, da General v. Lossow überhaupt nicht erschienen ist, um mit dem Minister zu verhandeln; er stellt sich hinter den Generalstaatskommissar v. Kahr und erklärt einfach, er wolle sich an Bayern gebunden.

Der Ernst der Lage.

Sehr ernst beurteilt der Berliner „Vorwärts“ die Lage, denn er brachte in seiner Sonnabend Abendausgabe an auffälliger Stelle folgende Information:

„Wie wir kurz vor Redaktionsschluss erfahren, ist seit gestern eine weitere Zuspitzung des Konflikts eingetreten, die durch eine geradezu unverwundliche Halsstarrigkeit der bayerischen Armee hervorgerufen wurde. Man sagt nicht zueinander, wenn man behauptet, daß die bayerischen Machthaber geradezu eine drohende Haltung gegen das Reich eingenommen haben. Die Situation ist daher als ungemein ernst zu betrachten.“

Hoffentlich gelingt es der politischen Arbeiterschaft des Reiches, den Zwischenfall zu einer allseitig befriedigenden Lösung zu bringen.

Bayerns Loslösung von Preußen.

München, 20. Oktober. Die bayerische Staatsregierung hat heute einen Aufbruch erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern unter Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und dem Reich den bayerischen Teil der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General v. Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der weiteren Führung der bayerischen Division beauftragt hat.

Aufruf an die Reichswehr.

Berlin, 20. Oktober. Der Chef der Heeresleitung General der Infanterie von Seekt erläßt folgenden Befehl: An das Reichswehr!

Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayerischen) Division in Pflicht und erachtet den Reichswehrminister seiner Dienststelle entbundenen Divisionskommandanten ihrerseits zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur.

Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Der dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich gelieferten Eid und macht sich des militärischen Angehorsams schuldig.

Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch feierlich auf, ihrem dem Reich gelieferten Eid treu zu bleiben und sich dem Befehlen ihres höchsten militärischen Befehlshabers bedingungslos zu fügen.

Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich heute und stets für verpflichtet.

von Seekt,

General d. Inf. u. Chef der Heeresleitung.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 22. Oktober 1923.

Erhöhung der Grundsteuer in Preußen. Der Ständige Ausschuss des preussischen Landtags schloß die Beratungen über die Erhöhung der Grundvermögenssteuer ab. Es wurde beschlossen, die Jahresfüße auf Monatsraten zu bringen zur Vereinfachung der Berechnung, Verrechnung und Zahlung. Der städtische Grundbesitz wird mit 20 Goldpfennig auf 1000 Mark, der ländliche auf 25 Goldpfennig auf 1000 M. nach der Ertragssteuer belastet. Den Ausführenden der Abgeordneten Dr. Winkler (Dn) und Bäcker-Berlin (Dn), die die Belastung als für die Landwirtschaft untragbar bezeichneten, trat Finanzminister Dr. v. Richter entgegen. Unannehmlich fand ferner die Bestimmung, daß die Gemeinden Zuschläge bis zu 100 Proz. erheben dürfen.

Ein Wirtschaftsrat in Düsseldorf. Mit Billigung der Reichsregierung wird zur Wiederaufnahme von Wirtschaft und Arbeit in Düsseldorf ein Wirtschaftsrat gebildet, an dem sich auch die Befugungsbehörde beteiligt. Vertreter sind in ihm die Stadtverwaltung (Vorsitz), Gewerkschaft, Arbeitgeberverband, Handelskammer, Handwerkskammer, Banken und das Transporthandwerk. Die Befugungsbehörde entsendet fünf Vertreter: für Regie, Finanzen, Sektion Ökonomie, Gruben und Hüttenkommission und Erdmännern. Die erste Sitzung soll am Sonnabend stattfinden.

Aus dem preussischen Staatsrat. Der Reichstret zwischen dem preussischen Staatsrat und der Regierung, der lange Zeit hindurch Stillstand und Sachverhältnisse beschäftigt hat, ist nunmehr beendet worden. Der Staatsrat nahm einen Beschlusseschlag des Vorgesitzenden des Staatsgerichtshofes an, nachdem auch die Regierung ihre Zustimmung erklärt und loyale Durchführung zugesagt hatte. Zugestimmt wurde weiter einer Gesetzentwurf über die Verteilung von Beamtenstellen an den Staat, der einen Einfluß des Staates auf dem Gebiete des Braunkohlenbergbaues verstärken will. In einer förmlichen Anfrage an die Reichsregierung beauftragt sich der Staatsrat mit der Überproduktion und der geringeren Abwärtigkeit im Bergbau und erachtet um Auskunft, warum der Kohlenbedarf der Reichsbetriebe nicht in höherem Maße von ausländischen Bergwerken bezogen wird.

Die Arbeitszeit der Beamten. Am Reichsministerium des Innern fand eine Besprechung der Vertreter der Reichsregierung mit den Beamten-Spitzenorganisationen über eine Neuregelung der Arbeitszeit der Beamten statt. Die Verhandlungen wurden aufkommenden Mittwoch vertagt, da die Beamtenorganisationen Gewicht darauf legen, daß ihnen der am nächsten Dienstag vom Reichsrat zu verabschiedende Entwurf des Arbeitszeitgesetzes für die gewerblichen Arbeiter und Angestellten vorgelegt werde.

Das Reich und die französische „Regie“. Von französischer Seite ist behauptet worden, daß der Reichs-

verwaltungsminister die französische Regie anerkannt habe. Diese Behauptung trifft in keiner Weise zu, vielmehr hat der Reichsverwaltungsminister, als er an das Generalpersonale die Aufforderung richtete, sich zur Annahme des Dienstes bei den Dienststellen der Regie zu melden, namens der Reichsregierung ausdrücklich festgestellt, daß die Regie nur als eine vorübergehende Verwaltung angesehen werden könne und daß der gegenwärtige Betrieb durch die Regie die Rechte des Deutschen Reiches an den besetzten Bahnen nicht berühre.

Eine deutsche Denkschrift. Aus Brüssel wird gemeldet: Die deutsche Denkschrift über die drei technischen Studien Belgiens betr. die Schaffung von Monopolen in Deutschland ist der belgischen Regierung übergeben worden. Minister Jahnbar hat den belgischen Delegierten bei der Reparationskommission den Auftrag erteilt, die deutschen Bemerkungen der Reparationskommission zu übermitteln.

Um die rheinische Währung. Der „Rheinischen Zeitung“ zufolge fanden dieser Tage in Bonn Verhandlungen bei dem französischen Bezirksdelegierten mit Vertretern der Industrie und der Abnehmer über die Schaffung einer neuen Währung statt. Die Franzosen schlugen vor, daß Landwirtschaft, Handel und Industrie Teile ihres Bestandes einer Bank zur Verfügung stellen und daß auf diese Weise eine neue Währung geschaffen werden solle. Die Vertreter der Arbeitnehmern wiesen auf die außerordentlichen Schwierigkeiten und auf die politischen Folgen hin. Eine Einigung wurde noch nicht erzielt.

Berlin. Die Spielkartensteuer wird vom 23. Oktober dieses Jahres auf 203 Millionen E. festgesetzt. In Dresden ist ein von der kommunalistischen Schriftsteller und frühere Reichstagsabgeordnete Wäble auf Veranlassung des Reichsfinanzkommandos 4 festgenommen und dem Polizeipräsidium in Dresden zugeführt worden.

Ausruhung

Der „Rheinischen Republik“ in Aachen.

Aachen, 21. Oktober. Nach hier eingetroffenen Meldungen ist heute früh in Aachen die Rheinische Republik ausgerufen worden. Eine Meldung der Belgischen Telegraphen-Agentur besagt, daß heute früh 4 Uhr alle öffentlichen Gebäude der Stadt Aachen von Separatisten besetzt worden seien, ohne das die Schupo Widerstand geleistet hätte. Weiter wird gemeldet, daß eine Rundgebung der sogenannten vorläufigen Regierung der Bevölkerung Lebensmittel und Arbeit zusichere. Man nehme an, daß die Separatisten sich zunächst nach Norden in die belgische Zone wenden würden, sodann wahrlich Norden in die englische und französische Zone.

Ungehobene Zeitungsverbote.

Berlin, 21. Oktober. Amlich wird gemeldet: Dem „Völkischen Beobachter“ in München und der „Roten Fahne“ in Berlin ist das Wiedererschienen auf Grund gewisser Zusicherungen ihrer Chefredakteure gegenüber dem Reichswehrministerium gestattet worden.

Gehaltskürzungen im Auswärtigen Dienst.

Berlin, 21. Oktober. Nachdem der Reichspräsident mit Mühsal auf die Finanzlage des Reiches bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm zuzurechnenden Aufwandsgebühren verzichtet hat, hat nunmehr auch das Auswärtige Amt mit sofortiger Wirkung eine entsprechende Kürzungen der Gehälter der Auslandsbeamten angeordnet. Den Auslandsbeamten sind bereits durch frühere Gehaltskürzungen Einschränkungen auferlegt worden, wie sie die Not der Zeit mit sich bringen muß. Gleichwohl hat das Auswärtige Amt einen weiteren Abbau durchgeführt, indem es mit ganz wenigen Ausnahmen die Gehälter des Gehaltsabsetzungsprozents in der ganzen Welt durchschnittlich um 10 Proz., zum Teil auch um höhere Sätze herabgemindert hat. Die Gehälter der Gesandten sind um 12 Proz. und die der Hofräte um 15 Proz. gekürzt worden.

Ein verbotenes Betriebsrätekonferenz.

Karlsruhe, 21. Oktober. Nach einer amtlichen Mitteilung ist die Abhaltung des für nunmehr hier einberufenen Betriebsrätekonferenzen auf Grund des militärischen Ausnahmezustandes verboten worden. Die verbotenen Störungen der öffentlichen Ordnung und Gewalttätigkeiten, die sich seit dem 15. Oktober in Baden ereignet haben, dürften die Grundlage für das erwähnte Verbot sein.

Auslands-Rundschau.

Paris in Erwartung eines deutschen Schrittes. Die Reparationskommission hat neuerdings wieder einige Sachleistungsbestimmungen genehmigt, die Frankreich, Belgien und Italien bei Deutschland machen wollen. Die Kommission wird die deutsche Kriegskriegsaktionkommission von ihrem Beschluß in Kenntnis setzen. Man wartet mit einer gewissen Ungeduld darauf, wie die deutsche Regierung die Bestellungen aufnehmen wird, nachdem sie eben erklärt hat, sie sei nicht mehr in der Lage, Sachleistungen zu leisten. In unterirdischen Kreisen rechnet man mit einem deutschen Schritt bei der Reparationskommission. Man erwartet Erklärungen Deutschlands, die auf ein neues Moratoriumsgebot hinauslaufen. Frankreich wird, wie berichtet wird, jede Diskussion über ein derartiges Gebot ablehnen, so lange Deutschland nicht die Sachleistungen wieder aufgenommen hat.

Parasitismen der Fischeislandel.

Das sächsische Finanzministerium beschäftigt, in der Sachleistung eine Gehaltsabelle vorzulegen, die die die Abgeordneten, Senatoren und Ministergehälter herabgesetzt werden. Die Minister sollen nur Abgeordnetengehälter beziehen, dazu die bisherige Funktionszulage, die aber um 50 v. H. herabgesetzt wird. Ausgenommen von der Gehaltskürzung sind nur die Ministerpräsidenten der Provinzminister, denen aber dafür die ganze Präferenzzulage gezahlt wird.

Miserebedürft für die kleine Entente.

Bei den Pariser Verhandlungen zwischen dem sächsischen Außenminister Bensch und Poincaré soll es sich um einen von Frankreich zu gewährenden Kredit von 1200 Millionen Franken an die kleine Entente gehandelt haben. Sierdon hat Polen bereits seine 400 Millionen erhalten. In die restlichen 800 Millionen sollen sich Rumänien, Jugoslawien und die Tschechoslowakei teilen, und zwar soll Jugoslawien 300 Millionen erhalten, die übrigen 500 Millionen Rumänien und die Tschechoslowakei. Diese Kredite werden natürlich nur zu Säufen in Frankreich verwendet werden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Vermögensverluste und Eisenbahnmateriale. Dieser Kredit aber durchaus nicht gewillt zu sein, sich unter Frankreichs völlige Abhängigkeit zu begeben, sondern verlangt, sich wenigstens für die wirtschaftliche Unabhängigkeit seines Landes nach Kräften zu wehren.

Ein Gefecht in Tripolis.

Nach einer Meldung aus Rom hat kürzlich eine italienische Seereschiffahrt fünfzig bis hundert Mann in Tripolis Nordafrika, etwa 150 Kilometer östlich der Stadt Erbitos, ein heftiges Gefecht von 1700 Einheimischen, die mit Maschinengewehren und Artillerie ausgerüstet waren, angegriffen und genommen. Die Einheimischen zogen sich geschlagen zurück und ließen 372 Tote auf dem Schlachtfeld.

New York. Der frühere Reichstagsler Dr. Cuno nehm im Begriff, mit dem Dampfer „Vallin“ die Rückreise nach Deutschland anzutreten.

Wirtschaftszahlen und Preise.

Lebenshaltungszindex:	914,2 millionenfach
Großhandelsindex:	1093 millionenfach
Ernenbahnmultiplikator:	
1. Besondereverkehr:	600 Millionen
2. Güterverkehr:	100 Millionen
Gesamt:	10 Millionen
Reichshandelsbank:	4 Millionen
Reichsbankdiskont:	90 Prozent
Brotkaufpreis:	60 Dollar pro Kilo
Eisbahnkaufpreis:	400 millionenfach
Goldlohnkaufpreis (20.-23. 10.):	93 599 999 900 v. S.

Handelsnachrichten.

Berliner Börzenberichte vom 20. Oktober.

Produktenbörse. Die weitere Verschlechterung unserer Marktlage treibt die Preise für sämtliche Getreidearten enorm in die Höhe. Die Ankaufsangebote bleiben geringfügig und — soweit solche vorkommen — lauten die Forderungen auf Goldmarkzahlung. In Weizen und Roggen wurden nur kleinere Mengen gehandelt, da der Nachfrage von Seiten der Mühlen nicht genügend Angebot gegenüberstand. Kamennisch nach Roggenmehl bestand große Nachfrage. Hafer fest, aber ruhiger. Gerste stark begehrt. Alle anderen Artikel fest und im Preise steigend.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Amst.) Preise für 50 Kilo ab Station: (Zu Millionen Mark.) Weizen März. 31000—33500. Roggen März. 29000—30500. Hafer März. 24000—25000. Weizenmehl (100 Kilo) 92000—99000. Roggenmehl (100 Kilo) 89000—95000. Weizen- und Roggenklein 14000 bis 14500. Strohwaren. 42000—45000. Wapstücken 21000 bis 23000. Torfmehle Mischung 8000—9000.

Die Preise für Produkte einschließlich Steuern und Ertrag verhalten sich ab Station. Die Preise „ab Hof“ sind im Mittel etwa um 20 Prozent billiger.

Schlachtviehmarkt.

Auflauf: 1729 Rinder (710 Ochsen, 290 Kühe, 729 Stiere und Färsen), 825 Hammel, 3224 Schafe, 1136 Schweine, 45 Gemischtgewinn und 29 Pfliegen. Preise in Milliarden für je einen Zentner Lebendgewicht: Ochsen 65—90; Kühe 55—90; Stiere 40—90; Schafe 40—100; Schweine 70—80; Pfliegen 35 bis 40. Der Markt verlief aktiv. Milchpreise wurden nicht festgelegt. Es herrscht freier Handel.

Ein Hunderttag des Stahlhelms.

Uns geht folgendes Schicksal mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Die Bundesleitung gibt auf die zahlreichen Anfragen der Gruppen, dem ausführlichen Bericht der Bundesleitung voraus, kurz die offizielle Stellungnahme des Stahlhelms zu dem Ereignis wie folgt bekannt: Ernst und sorgenvoll haben die Stahlhelmtameraden die Kunde von der deutschen Stellungnahme in der Ruhrfrage vernommen müssen. Wäre der Geist des Stahlhelms schon Deutschlands Geist, die Kunde lautete anders! Trotzdem will der Stahlhelm einen Lichtblick in dieser Zeit dieser Not in der Haltung derjenigen Regierung erblicken, die die Förderung der Zeit und Not erkennen, sich zum Entschluß der Diktatur herabzulassen hat. Die rechte Form und die mannhaft konsequente Durchführung für die Diktatur zu finden ist die Aufgabe der verantwortlichen führenden Männer. Dem Kanzler oder rufen wir zu: Kanzler, werde hart! Dann halt Du alle deutschen Frontsoldaten hinter Dir! Kanzler, werde hart — sonst heißt es: Gewogen und zu leicht befinden! — Denn die Geschichte schlägt ein neues Blatt auf. Sein Text ist mit eiserner Feder, mit Herzblut geschrieben, Kampf und Not und Arbeit ist sein Inhalt. Die Geister scheiden sich: National und international, das ist die Einstellung! Der politische Revolutionstram ist ausgeträumt. Statt Ergrübelungen: Vernichtung und Untergang! Statt herrlicher Zeiten: Wüster Not! Statt Anerkennung und internationaler Verständigung und Verständigung: Ohnmacht und schmachvolle Anschließung! Das deutsche Schicksal liegt für jeden Sehenden klar vorangehen. Ungebeut, zäh, arbeits- und spereberst liegt der deutsche Frontsoldat ihm ins Auge. Die Bundesleitung fordert von allen Stahlhelmtameraden unbedingte vaterländische Disziplin. Der Stahlhelm hat nur ein Ziel — das heißt: Deutschland! Extratouren, Parteifragen, persönlicher Ehrgeiz kleiner Führer und Wogen, ein Varenium wie den Rüstler Pulvis gibt es für den Stahlhelm nicht. Die Kameraden vom Stahlhelm, die deutschen Frontsoldaten, sind Deutschlands Rückgrat und Rippen, nicht seine Totengräber! Wer das nicht einseht, scheidet aus unseren Reihen. Deutschland muß und will innen und außen im Endkampf liegen, wenn endlich selbstlos ein Mann erhebt, der die Kräfte der Nation zusammenfaßt zum rücksichtslosen Einsatz gegen innere und äußere Feinde, der der Erfüllung ist der vom Vertrauen des deutschen Volkes getragenen nationalen Diktatur.

Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten.

Solales und Provinzielles.

Wer sitzen, um alle willkürliche Rücksichten zum Abstand kommen zu lassen. Unfälle werden gern aufgedeckt.

Der Dollar notierte am gestrigen Montag an der Berliner Börse 40 100 000 000 Mark.

Zweifelhaft der schlimmste Feind der Augen. Im Herbst, wenn die Dämmerung immer früher hereinbricht, pflegen Kinder und auch Erwachsene oft bei ganz unzureichender Beleuchtung zu lesen oder zu schreiben; häufig sitzen

auch die Mädchen bis in die völlige Dunkelheit hinein bei ihren Sticker- und Häfelarbeiten. Da durch solche Anstrengungen die Augen sehr geschädigt werden, ist in der Herbstzeit darauf zu achten, daß die Lampen zur rechten Zeit angezündet werden, oder die Arbeit während der Dämmerung unterbrochen wird. Das sogenannte Zwielicht ist der schlimmste Feind der Augen.

Die Heberlandzentrale Liebenwerda bietet uns mitzuteilen, daß die Fülle zur Einlösung der Guthscheine verfließen ist. Es sind jedoch noch nicht alle Guthscheine eingelöst worden. Die noch im Umlauf befindlichen Guthscheine sind noch bis Ende dieses Monats einzulösen.

Der Lebenshaltungszindex. In der Woche vom 18. bis zum 19. Oktober hat sich der Lebenshaltungszindex der „Industrie- und Handels-Zeitung“ auf 914 266 184 erhöht, was gegenüber dem Index der Vorwoche (194 057 417) eine Steigerung um 371,1 Prozent bedeutet. (Zeichnungsanahme in der Vorwoche 225,7 Prozent.) In derselben Zeitspanne stiegen die Kosten für Ernährung um 270 548 588 auf 1 380 621 134, so daß die Zunahme 410,3 Prozent im Vergleich zur Vorwoche ausmacht. Die Bekleidungskosten gingen von 809 540 338 auf das 1 583 067 879fache, liegen somit 411,4 Prozent über denen der Vorwoche. Die Heizung und Beleuchtung blieb mit einer 182,5prozentigen Verteuerung hinter denjenigen der Ernährung und Bekleidung zurück; ihre Mehrerlöse stiegen von 437 732 704 auf 1 256 496 855. Ein besonders hohe Steigerung erfuhr die Kosten für kulturelle Bedürfnisse, deren Index von 113 043 478 auf 780 193 237, d. h. um 590,2 Prozent, stiegen. Diese Erhöhung beruhte vornehmlich auf der Heraufsetzung der Preise für Kino, Theater, Musikern, Tanzscheiden sowie der starken Verteuerung des Baumaterials.

Die Guldenwährung in Dänzig. Der Danziger Volksrat hat das Gesetz über die neue Danziger Guldenwährung endgültig angenommen. Rechnungseinheit wird danach der Gulden gleich ein Pfennigteil engl. Pf. und der Pfennig gleich ein Hundertteil Gulden. Die Reichsmark bleibt weiterhin gesetzliches Zahlungsmittel. Im Einzelhandel ist es verboten, Preise in anderen Einheiten, als in Reichsmark oder Gulden und Pfennig anzugeben oder Waren in anderen Rechnungseinheiten zu verkaufen. Alle umlaufenden Notgelde und alle gedruckten Zahlungsmittel (Goldbonds, Industrielle und Sparbills usw.), die auf Reichsmark oder Gulden lauteten, dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden und werden, soweit sie in Umlauf sind, aus dem Verkehr gezogen. Der Senat wird ermächtigt die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Mittel bis zum Betrage von 6 Millionen Gulden im Wege einer Anleihe aufzubringen.

Ein Fernbrief 50 Millionen. Vom 1. November wird ein neuer Postkurs eingeführt: Ein Fernbrief soll 50 Millionen kosten. Es kommt also eine fünfjährige Erhöhung der neu eingetretenen Postlöse in Betracht. Marken zu 100 und 200 Millionen werden bereits gedruckt. Ihre Ausgabe erfolgt in der nächsten Woche.

Der deutsche Gegenwert des Großfranken bei der Gehaltsenerhebung im Ausland, Patets, Zettungs-, Telegramm- und Fernsprechverkehr ist auf 1700 Millionen Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Schiffen mit Wertangabe nach dem Ausland anzugeben.

Die Verhältniszahl des Steuerabzuges. Die Verhältniszahl, mit der die in der zweiten Septemberhälfte in Geltung gemessenen Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu vervielfachen sind, beträgt für die Zeit vom 21. bis 27. Oktober 1923 „210“. Bei der Berechnung des Steuerabzuges von dem in der Zeit vom 21. bis 27. Oktober fällig gewordenen und gezahlten Arbeitslohn sind die Ermäßigungen der zweiten Septemberhälfte mit 210 zu vervielfachen. Unter Zugrundelegung der Verhältniszahl 210 ergeben sich 3. folgende

Wohnverhältnisse			
f. Zeit	f. Steuerpflicht.	f. j. m. m. d. r.	f. Verbrungs-
30. 9. 1923	u. Cherrau je	jähr. Kind	lohn
14.-20. 10. 1923	172 800	1 152 000	1 440 000
21.-27. 10. 1923	5 529 600	36 864 000	46 080 000
28. 10. 1923	36 288 000	241 920 000	302 400 000

Der in Wege des Steuerabzuges einzubehaltende Betrag ist in allen Fällen auf volle Hunderttausend Mark nach unten abzurunden.

Invalidenversicherung. Vom 22. Oktober 1923 an sind Beiträge und die für die Errechnung der Beiträge maßgebenden Jahresarbeitsverhältnisse gegenüber den Grundbeträgen verändertes und gleichzeitig die Lohnklasse 36, 40, 41, 42 und 43 gesperrt worden. Für vor dem 1. Oktober 1923 lebende Beschäftigtenzeiten werden noch Beitragsmatten der Lohnklasse 36 bis 44 von der Landesversicherungsanstalt und ihren Kontrollstellen auf Antrag abgegeben. Die Anträge müssen bis 31. Oktober d. J. gestellt sein und es muß darin angegeben sein die Zahl der erforderlichen Marken, die Lohnklassen in der die Beiträge noch zu entrichten sind und die Beitragszeit für die sie gelten sollen. Mit dem Antrage ist der Gehalt der Marken gebührentfrei einzufenden. Anträge, die diesen Erfordernissen nicht entsprechen, sind wirkungslos. Für Beiträge, die etwa für die Zeit vom 1. bis 21. Oktober 1923 noch zu verwenden sind, muß der hundertfache Betrag entrichtet werden. — Hierzu scheidet die „Zei. J.“ Alle die, welche Invalidenmarken wünschenswert zu haben befinden, sich in einem Zustande der Ohnmächtigkeit. Bei der Postanfrage sind solche nicht zu bekommen. Die Landesversicherungsanstalt macht bekannt, welche Marken von Woche zu Woche zu haben sind, einschließlich sich aber zugleich, daß der Druck der Marken nur langsam vorwärtsgeht. Inzwischen verlieren die Marken immer wieder ihre Verwendbarkeit. Ueberholte Marken können z. B. für die Zeit vom 1. August bis 30. September zu früheren Sägen bei der Kontrollstelle in Wittenberg (für Berlin in Torgau) in Empfang genommen werden unter Vorlegung der Karten. Also hat man jetzt entweder die teure Bahnfahrt und einen vollen Tag Zeit zu opfern, oder das Briefporto, was auch nicht billig, doppelt zu zahlen. Was sind dies für Zustände! Wer letzten Endes die Verantwortung trägt, wenn die Invalidenmarken bei einer Nachprüfung nicht in Ordnung sind, ist wohl die große Sorge aller Arbeitgeber, denn auf diese läuft schließlich hinaus.

Beim hiesigen Postamt werden künftig folgende Schalterdienststunden abgehalten:

An Werten: 8—12 vorm., 3—5 Nachm.

An Sonntagen: 12—1 Nachm.

Teilen. Diebstahl. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind der Ww. Bär, Höfen, aus dem verfallenen Etalle Gänse, Hühner und Kanarienvogel gestohlen worden. Es ist eine Schande, einer armen Witwe noch das Wenige zu nehmen. — Der Diebstahl eines Paars Damasttische, die dem hochbegabten Schuhmacher Raich von einem Mädchen entwendet wurden, konnte durch die hiesige Landjägerzeit aufgelöst werden.

Wittenberg. Wie wir hören, ist gegen die Licht- und Kraftwerke hier seitens einer ganzen Anzahl Interessenten Anseige wegen Preissteigerung gemacht worden. Hoffentlich geht die angerufene Behörde schnell und nachdrücklich vor, damit die himmelstreichende Verteuerung von Gas und elektrischem Licht (Leuchtmittel) auf ein erträgliches Maß zurückgeschraubt wird.

Aus dem Reich.

Von der Berliner Kriminalpolizei wurden zwei größere gutorganisierte Einbrecher- und Diebstahlbanden, im ganzen 40 Personen, gefangenommen. An der Spitze der ersten Bande der berüchtigte Einbrecher Dragstein, genannt Vincenzetto, der zusammen mit einem gewissen Spindler in Chemnitz gearbeitet hat. Die in Berlin gemachte Beute wurde nach Chemnitz gebracht und von dort, neu verpackt, durch Heiler in den Berliner Handel verschoben. Die Spindlerische Bande beschränkte sich im wesentlichen auf die Auslandsführung von Gelegenheiten zu Diebstählen im sächsischen Industriegebiet. Die zweite Bande unter der Leitung eines gewisser Hermann Kope betrieb besonders den Einbruch in Lebensmittel- und Feinstoffgeschäfte. Das gestohlene Gut wurde in Woltersdorf anständig gelagert und später in der Rheinland gebracht.

Schlader (a. S.). 22. Oktober. Eine Frau aus Schladen wollte nach Braunschweig fahren und dort einige notwendige Einkäufe machen. Auf dem Bahnhofs mußte sie erfahren, daß ihr Geld noch nicht einmal zur Fahrkarte nach Braunschweig (Fräger 60 Pf.) reichte, viel weniger zu Einkäufen. Die Frau mußte wieder umkehren, und am anderen Morgen fand man sie erhängt in ihrer Wohnung.

Ronneberg. Unruhig wird mit unseren Goldschneidern getrieben. Ueberdort da in Berlin Spätkriegs Sündertmischlinge mit der Zeile 10 und 15 Milliarden und schieden diese im Betrage von 35 Milliarden an einen Verwandten in hiesiger Gegend. Derselbe, erfreut über das Geschenk der noblen Verwandten, kaufte von dem Gelde für seine beabsichtigende Silberhochzeit ein selbes Schwein und andere noch dazu willkommene Sachen. Leider kam das die Ende sehr bald nach, denn die Fällung wurde schnell erkannt und die hohen Scheine dem ahnungslosen Veräußerer wieder zurückgegeben. Ob das betrübliche Ende des in seinem ersten Teile gelungenen Scherzes noch ein Nachspiel an erster Stelle haben wird, entzieht sich vorläufig noch der allgemeinen Kenntnis.

Stuttgart, 20. Oktober. Die Kommunisten entfallen in den letzten Tagen und besonders in der letzten Nacht in Württemberg lebhaftes Tätigkeit. Amlich wird mitgeteilt: In Ludwigsburg wurde heute nacht verjucht, ein Munitionsdapot durch Brandstiftung zu zerstören. Der Brand konnte aber rechtzeitig gelöscht werden. Zwei Personen wurden verhaftet. Der wichtige städtische Gebäude wurden Pollen gestellt, die durch Raubfahrer untereinander Verbindung hielten. In Stuttgart wurden heute nacht eine große Anzahl Kommuniführer verhaftet. Das kommunifische Organ wurde heute beschlagnahmt.

Retard eines deutschen Fliegers. Der Flugzeugführer Schellowski von der Trans-Europa-Union hat die 357 Kilometer lange Strecke München—Wien bei äußerst günstigen Winderhältnissen in 105 Minuten als neuesten Retard zurückgelegt.

Französische Winterquartiere in Dortmund. Der französische General Douay erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der Stadtverwaltung, daß Dortmund in den Wintermonaten stark Einquartierung, eventuell eine Division und noch mehr erhalten werde. Die Stadtverwaltung müsse, falls die zur Verköstigung fehlenden Quartiere nicht ausreichen, eine neue Kaserne bauen lassen.

Französische Flugplatzpropaganda. Von amtlicher württembergischer Stelle wird folgendes mitgeteilt: „In den letzten Tagen wurden Propagandaflugblätter deutschfeindlichen Inhalts verteilt. Als Verteilungsstelle wurde in einigen Fällen das französische Generalkonulat in Stuttgart ermittelt. Die württembergische Regierung hat sofort bei der Reichsregierung die entsprechenden Schritte eingeleitet.“

Schwere Krise in der rheinischen Industrie. Die Rombacher Hütte hat alle ihren Angestellten, Beamten und Arbeitern gekündigt. Es kommen etwa 3500 Personen in Frage. Auch auf anderen Werken stehen Kündigungen bevor. Auf einigen sind solche bereits erfolgt. Wenn der Eisenbahnerverkehr wieder so in Gang kommt, so daß die Industrie Rohstoffe erhält und Gelegenheit hat, ihre Erzeugnisse abzusetzen, wenn weiter das Erforderliche geschieht, und gesehen kann, um die für die Überbergzeit erforderlichen Kredite zu beschaffen, so darf man hoffen, daß die Kündigungen größtenteils wieder rückgängig gemacht werden.

Strafaustrich für einen französischen Mörder. Vor dem französischen Kriegsgericht hatte sich der französische Korporal Durand unter der Anklage der vorläufigen Tötung zu verantworten. Der Angeklagte hatte in der Nähe der Rege Woland bei Oberhausen einen Deutschen namens Strick erschossen, der angeblich noch Amun nicht stehen geblieben sein soll. Der Angeklagte wurde von seinem Vater, der Bewusstseinsbesitzer ist und der aus der Heimat gekommen war, verteidigt. Das Kriegsgericht billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis wegen vorläufiger Tötung. Gleichzeitig wurde dem Angeklagten Strafausschuss abgemittelt.

Wetter-Prognose.

Mittwoch, den 24. Okt.: Ziemlich kühl, milde, windig, Regenfälle. Donnerstag, den 25. Okt.: Abends sehr heiter und wolfig, etwas kühler, Regenschauer. Freitag, den 26. Okt.: Nach kurzer Besserung neue Regenfälle und Wind, mild.

Die Geschichte der Stadt Prettin und ihrer nächsten Umgebung.

Dargestellt von Superintendent Leisegang.

Kapitel 14.
1826—1850.

Es mußte zweimal gewählt werden, da beim ersten Wahlgange nicht Wahrheit und Patriotismus, sondern Eigennutz und Parteilichkeiten die Oberhand besaßen und die durch sie vorbereitete und beeinflusste Wahl auf Unwürdigkeit und Unfähigkeit fiel, wogegen die realistischen Bürger, die es ernst und aufrichtig meinten, protestierten, indem die erste Wahl für ungültig erklärt wurde. Bei der 2. Wahl wurden gemäß der Wählerliste Christian Werner mit 130 Stimmen, der Schneidermeister Gottlieb Böhm mit 131 St., der Braumeister Ernst Gelsenheyner mit 116, der Schuhmacher Gottschalk Meißner mit 89, der Schuhmacher Gottlieb Malo mit 105, der Bäckermeister Daniel Trudel mit 89, der Weilermeister Rennde mit 92 Stimmen. Am 13. November hielten die neuergewählten Stadtvorordneten ihre erste Sitzung ab, in der sie aus ihrer Mitte einstimmig den Wählermeister Christian Werner sich zu ihrem Vorsitzenden und den Braumeister Ernst Gelsenheyner zum Protokollführer wählten. Der bisherige Magistrat, bestehend aus den Herren: Bürgermeister Diez, Stadtschreiber Weber u. Schward, Senator Jander wurde mit Angehörigen von Personen seiner Verfassungen entlassen. Der bisherige Stadtschreiber Herr Zischling blieb bis auf weiteres noch an der Spitze der Polizei- und Kommunalverwaltung. Es wurde bald darauf Bürgermeister in Dommitzsch.

Wegen Übernahme der Bürgermeisterei hier wurden mit Stadtschreiber Glack in Ellenburg Verhandlungen angeknüpft, die zur Wahl desselben zum Bürgermeister von Prettin am 31. Mai 1832 mit 8 von 9 Stimmen führten. Zum ersten Senator wurde der Braumeister Gelsenheyner zum 2. der Wählermeister Werner mit 8 Stimmen und zum 3. der Stadtschreiber Karl Wädner mit 9 Stimmen gewählt. Die Wahlen fanden ihre Bestätigung durch die königliche Regierung in Merseburg. Am 24. Juni fand die feierliche Einführung der neuen Ratsmitglieder in ihr Amt und die Vereidigung und Verpflichtung derselben durch den Kgl. Kommissar Herrn Landrat von Bolle auf dem Rathsaussatz, der wiederum wie der Wahl ein besonders für diese Feiertag angeordneter Gottesdienst vorausging. Am 6. Juli des Jahres 1832 hielt dann der neuergewählte Bürgermeister Glack seinen Einzug in die Stadt. Der Senator Wädner, die Stadtvorordneten und viele Bürger fuhren und ritten dem neuen Bürgermeister bis Weidenfain entgegen. Auf

dem Marktplatz war ein Ehrenbogen errichtet, mit Blumenkränzen umwunden und mit einem aus Rosen gebildeten K. gekrönt. Vor dem Ehrenbogen hatte sich die Schängilde im Halbkreis aufgestellt, in der Mitte derselben stand die Schüljugend mit den Lehren, alle im festlichen Schmud. Trompetenschall ver kündete die Annäherung der Ankommenden. Bei der Ehrenpforte empfingen ihnen neuen Bürgermeister beglückwünschend die beiden Senatoren Herr Werner und Gelsenheyner und geleiteten ihn zum Rathsaussatz. Hier wurde er mit einem Gehrgefang der Kantorei begrüßt, worauf der Diakonus Griebach ihn im Namen der Bürgerschaft bewillkommnete. Der Oberparter mußte zu seinem Behauern der Weier fern bleiben, da er von einer Brustkrankheit noch nicht wieder ganz genesen war. Seine Anteilnahme an der feierlichen Zeremonie er durch ein Gebüß; Bürger-Freunde beim feierlichen Einzuge des Herrn K. A. Glack, das in einem Prachtexemplar von dem Herrn Stadtvorordneten Böhm auf einem Blumenkranz dem Gefierten überreicht wurde. Ein Festessen mit Beteiligung aller löblichen Behörden und auch der Eistenburger Staatsanwaltsbeamten, sowie vieler Bürger, bei dem Antragen und Gesänge den Frohsinn erhöhend, am Abend ein prunkhaftes Ball beschlossen das Bürgerfest, das ohne Mißklang und in jedem Teilnehmer eine schöne Erinnerung und alle herausgehende bessere Zeit einträchtiges Zusammenwirken der wieder amtierende Oberparter noch einmal in der Predigt des schönen Festes und der hohen Verpfändungen des neuen, bestkäftigen Stadtrates durch zweckmäßige Verwaltung, strenges Rechtlichkeit und Humanität sein eigenes und das Beste der Gemeinde zu fördern und durch ruhiges Vorwärtsstreben in der neuen Bahnen seines obrigkeitlichen Wirkens den allmählichen Austausch des Besten gegen das Gute zu erzielen und den Geist einer Verfassung zu pflegen, unter dessen Schutze die Söhne und Enkel einst wachen werden in dankbarer Erinnerung dessen, was die Väter taten. Mit Behauptung wird gewiß jeder Leser dieser Zeilen bei sich denken: Was waren das doch für andere bessere Zeiten, wo's aufwärts ging und vorwärts! Das Jahr 1832 schloß mit einem freundlichen Herbst und milden Winteranfang, der aber für die Ausbreitung von allerlei Krankheiten einen günstigen Boden schuf. Zum ersten Male tauchte der Name einer Krankheit auf, die für gewöhnlich für viel jünger gehalten wird, der Influenza oder Grippe. Der nächsten Herbst den Namen her von grippe, greifen her, womit auf plötzliche Geiriffen werden und auf schnelles Umsichgreifen der Krankheit gedeutet wird. Er lüch den Entschigungsberd der Krankheit in Rußland, von wo aus sie 1782, dann 1800 und 1832 über Preußen nach Deutsch-

land kam und nach England hinfür zog, ein russisches Katarrhfeber epidemischer Art — febris catarrhalis epidemica — mit der Grippe besetzen besonders die Kinder der Menschenstammern und Mältern. Alle diese Krankheiten dauerten vom Herbst 1832 bis in das Frühjahr 1833. — Im Herbst 1833 fand hier eine Kirchen- und Schulreformation durch den damals in Jessen wohnenden Superintendenten Thiene statt, der auch die Gering- und Hedwigstiftung unterworfen wurde. Die Ueberführung dieser Stiftungen wurde für die Verbesserung der Kirche und des Friedhofs in Anspruch genommen. Ein militärisches Schauspiel erregte die Bewohner Prettins und Eistenburgs am Ausgang des Jahres. Eine Artillerie-Brigade des westfälischen Armeekorps bezog hier ihre Winterquartiere. Es ging das Jahr zu Ende des Anfang der Chronikschreiber mit den Berichten begründet: Wie die Zukunft die erdreihe, ob sie Kranz und Sonne bringe, oder ob sie scharfe Dornen dir in deine Nische schlinge, nur getrost, nur stark und wader, beuge nicht dein freies Haupt! Niemand ist der Mensch verloren, wenn er an das Heilge glaubt.

Aus dem Wetterbericht für das behandelte Jahr ist noch angeführt: Auf Märznebel und Schneegestöber folgten Ende März milde Tage, ein schöner Mai und ein warmer, zum Teil heißer Sommer mit besuchendenden Gewitterregen. Die Erde frug, richtete aber keinen Schaden an. Die Getreidepreise sanken. 2 Grundstücksveräußerungen sind auch noch bemerkenswert. Zur Aufrechterhaltung der Kammerrenten verkaufte der Magistrat eine Parzelle des Stadtparkens links vor dem Eistenburger Tor an den Buchbinder Mai für 36 Taler nebst einem jährlichen Ertrags. Von dem Käufer wurde auf dem erkaufenen Wallgraben ein Garten angelegt und eingetriedet. Der Stadtschreibergarten und Weinberg vor dem Eistore wurde für 175 Taler an die Besamne König verkauft, ein jährlicher Ertrags von 2 Talern mußte an die Kammerrenten gezahlt werden.

Für das Jahr 1833 kündigte der Kalender 5 Finsternisse an, von denen 4 in dieser Gegend sichtbar sein sollten. Es gab jedoch kein Chronisten Anlaß zu folgenden Gebetsversen, die auch uns in der Gegenwart zu denken geben:

Das Nichts freunde, sagt, wie lüß zu deuten?
Was Finsternis droht in dem leuchtigen Jahre,
aus der Kalender an, so viel ist klar.
Zwar lüßst geschick dies auch, wie nicht zu streiten.
Auch drohen lüßst schon, und nicht nur vor weitem
Das Nichts Feinde viefach dem Völkern.
Der Thronen und den Wälfen auf Gefahr
und trüben Tod dem Völkern zu bereiten.
Fortsetzung folgt.

Umrechnungszahl des
Ueberlandwerk Liebenwerda
2 570 000 000.

Zuderrüben

nehme zur baldigen und späteren
Verladung ab und erbitte rechtzeitige
Vorankündigung wegen Stellung der
Bahnwagen.

Adolf Weicholt.

Plossig.

Sonntag und Montag, den
28. und 29. d. Mts.:

Kirmes

und an beiden Tagen von nachm.
4 Uhr an:



BALLMUSIK.

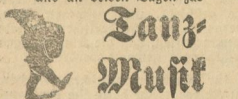
Es ladet freundlichst ein
Herrn. Grosse.

Plossig.

Sonntag und Montag, den
28. und 29. Oktober, ladet zur

Kirmes

und an beiden Tagen zur



Tanzmusik.

freundlichst ein
H. Müller.

Sauerkohl

empfehlst
Adolf Weicholt.

Ruhkalb

zur Jucht gibt ab.
Wer? zu erfragen in der Geschäfts-
stelle D. Bl

Achtung!

Donnerstag, den 25. Oktober 1923, in Prettin,
Hotel „Wasseltzer“, von 1—5 Uhr:

Einkauf von alten Gebissen und zerbrochenen Teilen.

Zahle noch immer höchste Preise für Zähne bis 300 Millionen.
Verkäufe es niemand, Fahrgeld wird vergütet.

Stern-Berlin.

Tischlereimaschinen, Tischlerwerkzeuge, Fournierwerkzeug, Zinkplatten usw.

sucht
W. Kunze, Annaburg.

E. Pietzsch,

— Maschinenbauanstalt, —
Lichtenburg bei Prettin,
Telefon Prettin 22 Telefon Prettin 22

Sofort ab Lager lieferbar:
Gras- und Getreidemäher,
Pflüge, Kultivatoren, Eggen, Dünger-
streuer, Wieseneggen, Jauchefässer, Gras-
u. Getreidemäher, auch Cormit u. Dering,
Schlepprechen, Säckselmäschinen, Breit-
dreschmaschinen mit Reinigung, Rüben-
schneider, Kartoffeldämpfer u. Quetschen,
Jauchepumpen in versch. Ausführung,
Kartoffelfortiermaschinen, Butterfässer,
Ziegenzentrifugen, groß. Waschmaschinen,
Schrotmühlen, Sackheben, Sacklarren.

Reparaturen werden prompt und sauber ausgeführt.

Red.: Franz Schulze. — Druck und Verlag von Franz Schulze, Buchdruckerei in Prettin a. Gibe.

Weisstückkalk, Zementkalk, Portlandcement, Gyps, Rohrgewebe

sowie alle sonstige Baumaterialien empfiehlt stets vorräthig
W. Kunze, Dampfzägewerk, Holzhandlung,
Annaburg, Str. Halle, — Fernsprecher Nr. 6. —

Isle-Brickett

der besten Braunkohle gleichwertig
habe zum Hausbrand und Dampf-
druck in kleinen und größeren Völkern
aus demnächst eintriefender Ladung
ohne Kohlenarte abzugeben und erbitte
Bestellungen recht bald.

Adolf Weicholt.

junges Rohfleisch

sowie von morgen an
frische Würst
empfehlst

August Möbius,
Rohfleischerei, Dommitzsch,
— Telefon 52. —

Jeder getragene Hut wird wie neu!

Herrenhüte

werden gereinigt, gefärbt und auf
modernste Formen umgepreßt.

Paul Knappe,
Zorgat, Prettiner Str. 3.



Zum
Haus-
schlachten
empfehlst sich
Hoch. Marx,
Gehmen.

Schnellreiter, Briefordner, Brieflocher, Löcher, Federschalen, Bürotintenfässer

empfehlst preiswert
Ernst Schulze,
Buch- und Papierhandlung.



Ein
Seifenpulver
wie es sein soll
preiswert
und gut!

Rupfer-Vitriol, Kalk,
Formaldehyd, Uspulium
empfehlst

Briefpapier u. Pergamentpapier

empfehlst preiswert
Ernst Schulze's Buchhandlung.